

Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen:

Auch eine kommunale Aufgabe

Acht so genannte Millenniums-Entwicklungsziele sind es, die die Wende zum Besseren einleiten sollen. Begleitet wird das ehrgeizige Vorhaben von einer breiten Kampagne, mit der in der Bevölkerung das Vorhaben bekannt gemacht, aber auch ein Prozess des Nachdenkens über die Ursachen von Unterentwicklung eingeleitet werden soll. Das Projekt „Millenniums-Entwicklungsziele“ zielt damit über den Aspekt der Erreichung bestimmter quantitativer Vorgaben hinaus und will weitergehende Prozesse anstoßen, die im besten Sinne des Wortes nachhaltige Veränderungen bewirken sollen.

Was hat dies alles mit den Kommunen zu tun? Warum sollen sich Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Themas annehmen? Eine derartige kritische Nachfrage hat durchaus ihre Berechtigung. Die Millenniums-Entwicklungsziele stellen zuallererst eine Aufforderung an die Regierungen dar. Sie stehen in der Pflicht, diese Zusagen einzuhalten. Vor allem aber haben sie die Kompetenzen, die Mechanismen in Gang zu setzen, die für die Zielerreichung erforderlich sind.

Aber gleichwohl – die Millenniumserklärung enthält auch einen kommunalen Auftrag. Dieser liegt in der Tatsache begründet, dass die kommunale Ebene unverzichtbarer Bestandteil einer auf dauerhafte Veränderung angelegte Entwicklungszusammenarbeit geworden ist. Dies ist kein in maßloser Selbstüberschätzung entworfenes Wunschenken sondern akzeptierte Realität in den Programmen vieler Geberorganisationen und Einrichtungen wie der Weltbank oder der Vereinten Nationen. Dies ist auch gar nicht überraschend. Denn in der Entwicklungszusammenarbeit hat sich eine Erkenntnis breit gemacht, die wir in Deutschland schon immer vertreten haben: Die Entwicklung stabiler, dem Gemeinwohl verpflichteter Strukturen bedarf eines gesunden Fundaments. Dies sind selbst verwaltete bürgernahe, leistungsfähige kommunale Einheiten. Wir selbst betonen im nationalen Kontext immer wieder die Bedeutung der Kom-

Vor sechs Jahren haben die Staats- und Regierungschefs von 189 Staaten die so genannte Millenniumserklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet. In ihr verpflichtet sich die Staatengemeinschaft zu intensiven Anstrengungen, um bis zum Jahre 2015 einige der größten Hemmnisse für Entwicklung, vor allem Hunger, Krankheit, fehlende Bildungschancen, Ausbeutung von Frauen und Umweltzerstörung zu verringern.

munen und kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens. Warum soll dies nicht auch dann gelten, wenn es um die Entwicklung in anderen Regionen dieser Welt geht? Akzeptieren wir also diesen Teil unserer Verantwortung für die Entwicklung und seien wir gleichzeitig auch ein bisschen stolz auf die Anerkennung, die die internationale Gemeinschaft der kommunalen Ebene entgegenbringt. Auch für die Millenniumsziele gilt, dass sie Makulatur bleiben, wenn sie nicht auf kommunaler Ebene aufgegriffen und umgesetzt werden.

Der zweite Grund, warum die Kommunen bei der Verwirklichung der Millenniumsziele angesprochen sind, liegt in der Erkenntnis, dass die ungelösten Probleme des Südens unausweichlich zu Problemen des Nordens, also der entwickelten Länder werden. Wir wissen heute im Zeitalter der Globalisierung mehr denn je, dass wir uns nicht auf einer Insel der Glückseligen abschotten können. Die Probleme der Flüchtlingsströme, die an den Grenzen der Europäischen Union ankommen, sind deutlich wahrnehmbare Zeichen der Auswirkungen von Armut und Hoffnungslosigkeit. Die Menschen kommen letztendlich in den Kommunen an. Uns verbleibt die Aufgabe der Integration, wir werden mit all den Problemen konfrontiert, die mit der Migration verbunden sind. Es ist deshalb in unserem ureigensten Interesse als Kommunen, daran mitzuwirken, dass das Projekt der Millenniumsziele zu einem Erfolgsprojekt wird.

VON
DR. WOLFGANG
SCHUSTER

Zum Autor

Dr. Wolfgang Schuster ist Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart und Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Mit Hilfe der Millenniums-Tore wird weltweit auf die Millenniums-Entwicklungsziele aufmerksam gemacht



Was können die Kommunen tun, um den Millenniums-Entwicklungszielen zum Erfolg zu verhelfen? Worin liegt der spezifische kommunale Beitrag?

Die Bürger gewinnen

Hier im entwickelten Norden geht es vor allem darum, die Bürger auf die Ziele hinzuweisen, Dialoge zum Thema zu fördern und Denkanstöße zu geben. Die Sensibilisierung der Bevölkerung in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen ist eine der wichtigsten Zielsetzungen der Millenniumskampagne. Sie setzt dabei zurecht auf die Überlegung, dass der Weg zu den Bürgern über die Kommunen führt. Sie stellen diejenige Ebene dar, die dem Bürger am nächsten ist. Die Kommunen können und sollten dabei auf die Unterstützung der zahlreichen Organisationen und Gruppierungen der Entwicklungszusammenarbeit bauen, die es in jeder Stadt und in jeder Gemeinde gibt. Es gibt in diesem Bereich sehr viel privates Engagement, das gegebenenfalls gebündelt werden muss, um Wirkung zu erzielen. Wir in Stuttgart sind diesen Weg mit der Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“ gegangen. Das im Juli 2005 ins Leben gerufene Netzwerk hat breite Zustimmung gefunden. Die Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“ will Brücken bauen innerhalb unserer Stadt wie auch zu Städten und Menschen dieser Welt. Wir wollen dafür eintreten, dass die Menschen in Stuttgart konkreter und bewusster die Lebenssituation der Menschen aus möglichst vielen armen Städten kennen lernen und zugleich für mehr Verständnis und Hilfsbereitschaft werben.

In Deutschland sind die so genannten Millenniums-Tore auf großes Interesse gestoßen. Sie sind ein bereits in Italien und Spanien mit Erfolg eingesetztes Kampagnenmittel. Es handelt sich um insgesamt acht Tore, die die acht Millenniums-Entwicklungsziele symbolisieren und die auf öffentlichen Plätzen aufgestellt werden. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat für diese Aktion bei seinen

Mitgliedern geworben, und ich persönlich bemühe mich als Präsident der deutschen RGRE-Sektion darum, noch mehr Sponsoren zu finden, die den Transport der Tore von Stadt zu Stadt finanzieren.

Politischen Druck erzeugen

Vor wenigen Monaten fand in New York die Millennium+5-Konferenz statt. Sie sollte im Sinne einer ersten Zwischenbilanz einer Bestandsaufnahme über den bisher erreichten Stand der Umsetzung der feierlichen Versprechungen aus dem Jahre 2000 dienen. Die Bilanz war zwiespältig. Man war sich darin einig, dass in den verbleibenden zehn Jahren wesentlich mehr geschehen muss, wenn die Zielsetzungen bis zum Jahre 2015 erreicht werden sollen. Es scheint mehr politischer Druck auf die Regierungen nötig zu sein, um zu gewährleisten, dass die eingegangenen Verpflichtungen auch eingehalten werden. Der Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Governments“ (UCLG) hat daher im Juni 2005 eine „Millenniums-Erklärung der Kommunen“ (siehe Seite 6) beschlossen, die unter anderem die Selbstverpflichtung enthält, „dafür zu sorgen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele in jedem Land erreicht werden.“ Eine Vielzahl europäischer und außereuropäischer Kommunen – auch deutsche Kommunen – hat diese Erklärung unterzeichnet und somit ihr politisches Engagement in dieser Sache bekräftigt.

Eigenes entwicklungspolitisches Engagement

Obwohl sich die Millenniums-Entwicklungsziele primär an die Regierungen der UN-Mitgliedstaaten wenden, können und sollen Kommunen einen Beitrag leisten. Das achte Ziel spricht von einer „weltweiten Partnerschaft im Dienste der Entwicklung“. Ich sehe darin eine Aufforderung zum eigenen entwicklungspolitischen Engagement mit Städten und Gemeinden in den Entwicklungslän-

dern. Ein solches Engagement pflegen bereits viele Kommunen – entweder in kommunalen Nord-Süd-Städtepartnerschaften oder in Projektpartnerschaften. Auch hier gibt es erfahrene Partner, mit denen Kommunen zusammenarbeiten können. Die Stadt Stuttgart hat soeben ein Kooperationsabkommen mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) abgeschlossen, mit dessen Hilfe wir unser entwicklungspolitisches Engagement noch stärker professionalisieren können.

Die Hauptlast der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele wird in den zu entwickelnden Ländern bei den Kommunen liegen. Denn wo sonst, wenn nicht in den Kommunen, müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Das setzt unsere Kolleginnen und Kollegen in den entsprechenden Ländern unter einen immensen Verantwortungsdruck. Transparente, effiziente und beteiligungsorientierte Verwaltungsstrukturen sind eine wesentliche Voraussetzung, um der Aufgabe gerecht werden zu können. Wir sollten dabei mit unseren Erfahrungen helfen und in praktischer, fachlicher Solidarität zur Seite stehen. So bekommen die Millenniumsziele eine ganz konkrete kommunale Ausformung.

Die Staats- und Regierungschefs haben im September 2005 in New York am Ende der erwähnten Millennium+5-Konferenz ein Abschlussdokument verabschiedet, in dem es wörtlich heißt: „Wir unterstreichen die wichtige Rolle der Kommunen zur Erreichung der international gebilligten Entwicklungsziele

einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele.“

Dem vorausgegangen war ein Gespräch einer kommunalen Delegation des Weltverbandes der Kommunen (UCLG) mit UN-Generalsekretär Kofi Annan, an dem ich als Vertreter der deutschen Kommunen teilnahm. Auch hier wurde deutlich, dass sich die Staatengemeinschaft und die Vereinten Nationen darüber im Klaren sind, dass das Projekt der Millenniums-Entwicklungsziele nur dann gelingen wird, wenn es zu einer „grassroot-Bewegung“ wird.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat weniger mit Almosen spendender Wohltätigkeit zu tun, und sie ist nicht schmückendes Beiwerk der Aktivitäten von Regierungen und Geberorganisationen. Vielmehr kann und soll sie ein eigenständiger Ansatz im Rahmen der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit sein. Die wichtigsten Akteure sind dabei die Kommunen und ihre Bürger und Bürgerinnen. In Zeiten der Globalisierung muss auch die Kommunalpolitik globaler in ihrer Ausrichtung werden. Die alte Formel „Denke global – handle lokal“ hat heute eine wichtiger werdende Bedeutung gerade für unser Export orientiertes Land. Während sie in den 1980-er und 1990-er Jahren eher ein „Weckruf“ der Nichtregierungsorganisationen an die Kommunalpolitikerinnen und -politiker war, ist sie heute kommunales Bekenntnis zu einem verantwortungsbewussten, eigenen Beitrag zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. ■

Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik

alle für EINE WELT – EINE WELT für alle

Bundespräsident Horst Köhler hat den zweiten Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT – EINE WELT für alle“ gestartet. Unter dem Motto „Lebenswelten entdecken!“ sind Schulen aufgefordert, Antworten auf Fragen zu finden wie: Was spielen Kinder in Afrika? Wie feiern Menschen in Asien? Wie kochen, musizieren und arbeiten Jugendliche in Lateinamerika?

Der Schulwettbewerb soll dazu beitragen, dass junge Menschen sich ihrer eigenen Verantwortung in der globalisierten Welt bewusst werden. Dabei sind erstmals auch die Grundschulen zur Teilnahme aufgefordert.

Durchgeführt wird der Schulwettbewerb im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von InWEnt Bonn in Zusammenarbeit mit dem Zeitbild Verlag und dem Grundschulverband. Unterstützt wird er von der Deutschen Welthungerhilfe, dem Kindermissionswerk - Die Sternsinger, der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe und der Kindernothilfe. Einsendeschluss für Wettbewerbs-

beiträge ist der 6. März 2006. Bundespräsident Horst Köhler und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, werden dann im Mai 2006 im Schloss Bellevue in Berlin die Preise für die besten Beiträge vergeben.



Informationen zum Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik gibt es auf der Internetseite www.eineweltfueralle.de